Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Numm. 10 Pfge. Auflage 37000 Exempl.

Für die Rückseite eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Agenturen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Sieh in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Stelner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 6 Uhr, 8 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Inserate nur an Wochentagen gr. Kleinzeile 10 Pf., 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt 30 Pfge.

Eine Garantie für das nochmalige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen können wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme, Mit Zeilen folgt 10 Pfg. Inserate nur für Montags-Nummer oder nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pf.

Tapisserie-Weihnachts-Ausverkauf
zu bekannt billigsten Preisen.
Hartmann & Saam.
Schlossstrasse 17, gegenüber dem kgl. Schloss.

8 Posten Cigarren
bedeutend unter dem Fabrikpreis u. z.: (Preis pr. 100 St.)
Nr. 80 für nur Mk. 4,75, Nr. 42 für nur Mk. 2,80,
„ 100 „ „ „ 3,90, „ 10 „ „ „ 1,80,
„ 50 „ „ „ 3,60, Holl. Schnitt „ „ 3,30,
„ 47 „ „ „ 3,15, Hav. Schnitt „ „ 2,40
empfiehlt **L. Warmbrunn.** Johannesstrasse 24.

E. Wirth,
Naturblumen-Salon,
38 Pragerstrasse 38.
empfiehlt eine grosse Auswahl **feinster Bouquets, Kissen, Kränze** etc., **blühende u. Blattpflanzen.** grosse Auswahl **schöner Palmen. Porzellan** und **Majolica.**

Nachttelegramme. Berlin. Bismarck dankte Mancini telegraphisch für die von Letzterem in der italienischen Kammer abgegebene Erklärung, daß die Aeußerungen Bismarcks über Italien im Reichstage nach der Erklärung im Einklang mit seiner Auffassung stehen. — Der Handelstag beschloß, die Regierung zu ersuchen, falls sie überhaupt geneigt sei, eine Weltausstellung in Deutschland zu begünstigen, daß die nächste Weltausstellung nicht in Italien, sondern 1885—1886 in Deutschland stattfinden möge.

Nr. 344. | Witterung vom 9. December. Barometer nach Dr. Bifold, Wetter. 15/9885. 6 U.) 701 Mill., seit gestern 2 Mill. gefallen, Thermometerstg. v. Mengen.: Temp. 1° 25., mittl. Temp. 1° 26., höchste Temp. 6° 29. Ost-Nordost, Schwach, heiter. | Aussichten für den 10. December: Wolkig, Temperatur dieselbe, später wieder Niederschläge, Temperatur ist gut. | **Sonnabend, 10. Decbr.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Fr. Emil Pierer in Dresden

Faule Aepfel statt der Kränze! Dieser Heine'sche Vers mag dem Abg. Windthorst dieser Tage wiederholt einfallen. Er hatte bestimmt auf eine Genugthuung seiner angegriffenen Ehre gerechnet; die „Norddeutsche" sollte diese Ehrenerklärung bringen, da sie ja die Beleidigung begangen. Der Finanzminister Bitter hatte dies dem Abg. Windthorst versprochen und in Gemeinschaft mit dem Abg. v. Kleist-Retzow eine den ersten Artikel richtigstellende Erklärung diesem Blatte zugesendet. Aber das Blatt weigert sich, die Erklärung abzudrucken und statt Windthorst's Haupt mit einer angemessenen Entschuldigung zu umkränzen, bombardirt es dessen kahlen Schädel aufs Neue mit faulen Aepfeln. Damit erweitert sich die Kluft zwischen dem Kanzler und dem Centrum immer mehr und dieser Umstand giebt dem Fall seine hohe politische Bedeutung. Denn an und für sich ist es ja leider eine unzählige Male erlebte Erscheinung, daß, Wer im Parlamente oder in der Presse opponirt, der „Norddeutschen" verfällt und „ein schlechter Kerl ist, es koste, was es wolle." Daß das Malheur aber einem so einflußreichen Manne, wie Windthorst, dem Führer der mächtigsten Partei, passirt, verleiht dem Falle wegen seiner Konsequenzen die größte Wichtigkeit. Das Centrum steht bis jetzt treu zu seinem General und es hat an gewisser Stelle doch tiefen Eindruck gemacht, daß diese Partei, um der gekränkten Ehre ihres Oberhauptes Genugthuung zu verschaffen, auf die artige Einladung des Reichskanzlers mit einer gesellschaftlichen Unhöflichkeit antwortete und ohne jede Ausnahme sich von der Soiree fernhielt. In der betr. Sitzung, worin das Centrum sein Fernbleiben beschloß, erklärte Windthorst, daß er fest überzeugt sei, die „Norddeutsche" habe nur als Hängegendarm im Auftrage eines Höheren gehandelt. Es hat sich eine Scene abgespielt, die an den ergreifenden Auftritt in dem Schiller'schen Trauerspiel erinnerte; mit Karl Moor wird Windthorst auszurufen haben: „Jetzt sind wir frei, Kameraden! Ich fühle eine Armee in der Faust!" Von der anderen Seite freilich raunen die offiziösen Blätter Windthorsten warnend zu, er solle seine Macht nicht überschätzen. Windthorst sei in erster Linie Welfe, in zweiter erst Katholik; umgekehrt sei der Reichstagspräsident, der bayerische Frhr. v. Frankenstein, vor Allem Katholik; Fürst Bismarck aber könne sich recht wohl mit den gläubigen Katholiken, niemals mit dem Verfechter der partikularistischen Herrlichkeit vertragen und wenn Frhr. v. Frankenstein von München wieder nach Berlin zurückgekehrt sei, dann werde das Centrum von der Führung Windthorst's wohl loszulösen sein. Man darf auf die Entwickelung dieser Dinge mit Recht sehr gespannt sein.

Es ist dabei vor Allem zu wünschen, daß durch diese Zwistigkeiten nicht die Anbahnung der wirthschaftlichen Reformen ins Stocken gerathe. Der Gesetzentwurf wegen Aufstellung einer Berufsstatistik, den der Reichstag (s. Telegr.) soeben berieth, bildet die Unterlagen dieser Reformen. Aus dem Urmaterial der Volkszählung ließ sich eine brauchbare Statistik über den Beruf und die Lebensbeschäftigung der Einwohner des Reiches nicht herstellen. Namentlich konnte man nicht zuverlässige Angaben über die Nebenbeschäftigungen und den Nebenerwerb bei der Landwirthschaft beschaffen. Erst wenn wir genau wissen, womit sich unser Volk beschäftigt, wovon es sich nährt, wie und von wem die verschiedenen Berufsarten vertreten sind, in welchem wirthschaftlichen Zustande sich die verschiedenen Berufsarten befinden, wie es mit den Schuldverhältnissen, mit der Leistungsfähigkeit und der Hilfsbedürftigkeit der verschiedenen Volksklassen steht, kann man Reformen mit annähernder Sicherheit vorschlagen. Auch der Zubehör zu den verschiedenen Religionen ist bei den Erwerbsverhältnissen ein Gegenstand sichtlichen Interesses. Die Mangelhaftigkeit unseres bisherigen statistischen Materials erhellt aus der Thatsache, daß Niemand einen blassen Schimmer hat, wie groß der Kapitalumsatz an der Börse ist. Das immobile Vermögen des Volks kennt man, das mobile ruht zur Zeit hinter dicken Schleiern. Der Reichstag scheint erfreulicherweise entschlossen, das vielversprechende Vorhaben der Regierung zu fördern; nur wird man es nicht in das Belieben der Behörden stellen, sondern bestimmt und klar ins Gesetz schreiben, auf was Alles sich die Nachfragen zu erstrecken haben. Sonst glaubt ein großer Theil des Publikums, was bei statistischen Erkundigungen erfahrungsgemäß immer noch das Landvolk größtentheils argwöhnt: es handle sich blos um die Vorbereitung zu neuen Steuern. Besonderen Anstoß erregt jene Bestimmung des Gesetzentwurfs, wonach Verweigerung der Angaben resp. falsche Angaben mit Strafe bis zu 100 Mk. geahndet werden können. „Wissentlich" wahrheitswidrige Angaben bestrafe man; bei unabsichtlichen Irrthümern verfahre man menschlich.

Graf Kalnoky, der neue österreichische Minister des Aeußeren, von Petersburg kommend und auf der Reise zu seinem Amtsantritt in Wien begriffen, wird in Berlin vom Fürsten Bismarck und dem preußischen Hofe mit all der Aufmerksamkeit behandelt, auf die der Vertreter unseres besten Verbündeten Anspruch hat. Ersichtlich ist sein Bemühen darauf gerichtet, ebenso gute Beziehungen zwischen Oesterreich und Rußland herzustellen, wie sie zwischen Oesterreich und Deutschland bestehen. Gelänge es ihm eine Zusammenkunft des Kaisers Franz Joseph mit dem Zaren zu Stande zu bringen, so würde er seinen Amtsantritt mit einem stattlichen Erfolge eröffnen. Doch entscheidet über jede Reise des Zaren in Rußland nicht der Minister des Aeußeren, sondern der Chef der Sicherheitspolizei. Vor Allem liegt dem Grafen Kalnoky daran, in der Differenz zwischen Oesterreich und Rumänien sich der russischen Unterstützung zu versichern. Es ist bekannt, mit welchem schnöden Undank Rumänien dem Donaureiche begegnet. In allen schwierigen Fragen half die österreichische Diplomatie den Rumänen aus der Verlegenheit, so bei der Judenfrage, so bei der Erhebung Rumäniens zum Königreiche. Jetzt handelt sich's darum, die Schifffahrt auf der Donau neu zu ordnen. Hierüber wachte bisher eine von allen Uferstaaten und allen Großmächten beschickte Kommission. Den Vorsitz in derselben führte Oesterreich. Es verlangt ihn auch für die Zukunft, wenn die Wirksamkeit der jetzigen Kommission abgelaufen sein wird, das ist 1883. Rumänien aber weigert sich die Fortdauer dieses Zustandes anzuerkennen. Es will souverän die Schifffahrt auf der unteren Donau regeln. Nun ist die Freiheit der Donauschifffahrt eine Angelegenheit, welche die Großmächte wegen ihres allgemeinen europäischen Charakters nicht in das Belieben der Herren Rumänen stellen können. Das junge Königreich ist wirklich schlecht berathen, wenn es sich Oesterreich entfremdet, dessen höchste Lebensinteressen mit der Freiheit der Schifffahrt auf seinem wichtigsten Strome gleichbedeutend sind. Oesterreich ist Rumäniens natürlicher Freund und Bundesgenosse. Rußland und England mögen scheel sehen, wenn Oesterreich die Macht seiner Interessen in Rumänien zur Geltung bringt. — Deutschland und Italien können sich nur auf Seite Oesterreichs stellen. Frankreich hetzt heimlich die Rumänen auf. Man wird daran, ob Rußland die Ansprüche Oesterreichs auf das Präsidium in der Donaukommission unterstützt, einen Gradmesser dafür erhalten, ob das Zarenreich für Oesterreich blos wohlfeile Phrasen oder wirkliche Freundschaftsleistungen besitzt. Dem neugebackenen rumänischen Königreiche könnte es übrigens Nichts schaden, wenn Mutter Austria diesem ungebärdigen Staatenkinde die Hüschen etwas stramm zöge.

Es ist Gambetta nicht gelungen, den bisherigen Botschafter General Chanzy auf seinem Posten in Petersburg festzuhalten. Derselbe will nicht Vertreter einer so radikalen Demokratie sein. Chanzy mußte sogar die Hilfe des Präsidenten Grévy anrufen, um nur in den Besitz seines Abberufungsschreibens zu gelangen.

Aus Amerika kommen Nachrichten von sich widersprechendem Inhalte. Mit Bewunderung und Neid müssen wir Europäer sehen, wie die Vereinigten Staaten es ermöglichen, nicht nur so bedeutende Summen auf die Zurückzahlung der Staatsschulden zu verwenden, daß die ganze Nationalschuld binnen 10 Jahren getilgt sein wird, sondern daneben auch namhafte Steuererlässe eintreten zu lassen. Der Gegensatz ist zu grell: in Europa schwillt die Schuldenlast aller Staaten immer erdrückender an (nur unser Königreich Sachsen macht eine rühmliche Ausnahme, indem es energischer als alle anderen Staaten seine Schulden abstößt), in Amerika wird es in einem Jahrzehnt ein großes, völlig schuldenfreies Reich geben. Unsere Staatsmänner zerbrechen sich den Kopf über Auffindung neuer Steuerquellen; die Transatlantier sind in Verlegenheit, welche Steuer zuerst zu ermäßigen ist. Das Präsident Arthur auch Herabsetzung der hohen Eingangszölle vorschlägt, wird unserer einheimischen Industrie hoch willkommen sein. Der Präsident will die Zinsen der amerikanischen Staatsschuld in Gold zahlen, damit dieses mehr in den Handel kommt. Auch dazu kann man nur Bravo sagen; es wird diese heilsame Maßregel die Einführung der Doppelwährung erleichtern, die Amerika sicherlich über kurz oder lang durchsetzt. All diesen exquisitlichen Erscheinungen steht aber in dem Verlaufe des Prozesses Guiteau ein so widerwärtiges Schauspiel gegenüber, daß man auf eine grauenhafte Verwilderung der Sitten der Amerikaner schließen muß. Dieser Gegensatz ist jedoch so groß, daß man ihn heute nicht mit zwei Worten abthun kann.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 9. Decbr.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: die Vorlage wegen Errichtung eines neuen Reichstagsgebäudes. Die erste Berathung über die Erhebung einer Berufsstatistik und die Vornahme einer Viehzählung im Jahre 1882 eröffnet Abgeordneter Ackermann: Man könne darüber zweifelhaft sein, ob das eine oder das andere Mittel zur Durchführung der in Aussicht genommenen Reformen, z. B. das Tabaksmonopol, richtig sei; aber das Bestreben, den Erwerbsunfähigen eine bessere Versorgung zu sichern, müsse die Sympathien aller Parteien haben. Die, welche meinen, daß wir einer größeren Befestigung des inneren Friedens bedürfen, werden darin den ersten Schritt auf dieser Bahn erblicken. Die Statistik möge manche Unbequemlichkeiten bieten, aber sie sei im vorliegenden Falle nicht zu entbehren. Die konservative Partei stehe auf dem Boden dieses Gesetzes, werde sich aber der Verweisung vor eine Kommission nicht widersetzen. Dem Entwurfe mangele eine bestimmte Definition, was mit Berufsstatistik gemeint sei. Auch sei es nicht nothwendig, die Erhebung in streng centralistischem Sinne durchzuführen. Hoffentlich werde der innere Frieden, den wir Alle anstreben, auf Grund der Resultate dieser Erhebungen erreicht werden. (Bravo!) Abg. Baumbach gegen die Strafbestimmung. Das Publikum sei jeder statistischen Erhebung gegenüber mißtrauisch, weil es glaube, es handle sich um neue Steuern. Dieses Mißtrauen werde durch die Strafandrohung nur vermehrt. Man könne dem Bundesrathe nicht carte blanche geben, unter Strafandrohung alle möglichen Fragen zu stellen. Reg. Kommiss. Geh. Rath Bödicker: Der Begriff Berufsstatistik sei ein feststehender. Die Strafbestimmung richte sich hauptsächlich gegen die Verschleppung der Fahlpapiere ꝛc.; sie sei nicht neu, sie finde sich in der Waarenstatistik und sei in dieselbe auf Beschluß des Reichstags aufgenommen. Man müsse so viel Vertrauen zum Bundesrath haben, anzunehmen, daß derselbe nicht auf Umwegen werde erreichen wollen, was er auf geradem Wege nicht erreichen könne. Abg. Frhr. v. Hertling: Auch das Centrum stehe der Vorlage sympathisch gegenüber. Eine Definition des Begriffes Berufsstatistik müsse gegeben und Einblick in die Vorbereitungen der Erhebung und Formulare gestattet werden. Wünschenswerth wäre auch, Korporationen und Sachverständige zu hören. Die Bestrebungen der Regierung für die Hebung des Wohles der arbeitenden Klassen werde das Centrum gern unterstützen. Er wünsche, daß sich aus den Erhebungen ergebe, wo der Staat einzugreifen habe und wo ein Vorgehen aus der Initiative der Interessenten genügt. (Bravo.) Abg. Dr. Hirsch im Prinzip für die Vorlage, aber mit Einschränkungen. Staatsminister Dr. Böttcher: Man werde nicht umhin können, über den Umfang des Betriebes der einzelnen Geschäftszweige Erhebungen anzustellen, aber man werde nicht Fragen stellen, die das Geschäftsgeheimniß betreffen. Die Formulare, die im statistischen Amte aufgestellt werden, enthielten nur Fragen über: Namen, verwandtschaftliche Stellung zum Haushaltvorstand, Alter, Familienstand, Religion, Beruf, und zwar Hauptberuf und Verhältniß in demselben (selbständig, Gehilfe ꝛc.), Nebenberuf, Verhältniß zu demselben, vormalige Beschäftigung, insofern dieselbe wegen hohen Alters aufgegeben werden mußte, Beschäftigung der verstorbenen Männer der Wittwen, Wohnung oder Schlafstelle, Zahl der nicht selbstthätigen Personen des Haushalts. Vielleicht werde noch eine Frage über Betrieb von Motoren noch beizufügen sein. Bei der Erhebung solle nicht centralistisch verfahren werden; wo eigene statistische Bureaus bestehen, soll denselben die Bearbeitung überlassen werden. Bisher mußten bei statistischen Erhebungen polizeiliche Maßregeln in Anwendung gebracht werden, da sei es zweckmäßiger, gleich von vornherein Strafbestimmungen aufzunehmen. Abg. Frhr. v. Ow: Es wäre wünschenswerth gewesen, die Berufsstatistik gleich bei der letzten Volkszählung mit vorzunehmen. Er wünscht Feststellung der Bedeutung des kleinen Grundbesitzes der leider im Hause wie außerhalb noch immer nicht nach Gebühr gewürdigt werde. Abgeordneter Meyer-Jena Namens der Nationalliberalen für Kommissions-Verweisung. Geheimer Rath Bödicke: Man habe die letzte Volkszählung nicht noch komplicirter machen wollen, indem man damit die Berufsstatistik verband. Abg. Dr. Hirsch gegen die Gutnahme der Religionsfrage. Ein Blatt habe behauptet, daß man den Bestand der Juden feststellen wolle. (Heiterkeit rechts.) Staatsminister v. Böttcher konstatirt, daß die Aufnahme der Religionsfrage internationaler Abmachung entspricht. Die Vorlage wird an eine 21gliedrige Kommission verwiesen. Folgen Wahlprüfungen.

Berlin. Abg. Windthorst hat sich in der Hamburger Commission die Ermächtigung ertheilen lassen, die auf die bekannte Affaire bezüglichen Protokolle zu veröffentlichen.

Wien. Ueber die Entstehungsursache des Brandes im Ring-Theater giebt der Maschinenmeister an: Der Brand entstand durch Feuerfangen der Dekoration bei dem Anzünden der Flammen durch den elektrischen Strom. Das Feuer verbreitete sich so rasch, daß das Herablassen der Gardine wegen des Flammenmeers undurchführbar. Das Unglück ist viel entsetzlicher, als man bisher angenommen. Ueber 300 Menschen fanden in den Flammen ihren Tod. Ganze Familien, Orchestermitglieder und Theaterarbeiter werden vermißt. Eine Sammlung an der Börse hat bisher 28,000 Gulden ergeben. Die Wiener Leichenbestattungsunternehmungen vereinigten sich, um die Opfer zur letzten Ruhestätte zu bringen. Die Feuerwehr war unausgesetzt mit Wegräumung der Trümmer im Innern des Theaters beschäftigt. Auf den Galerien sollen noch verkohlte Leichname liegen, wozu man erst nach Stützung der Galerien gelangt. Die Sanitätswagen des rothen Kreuzes führen die Theile der Leichname hinweg. Der Andrang der Familienangehörigen ins allgemeine Krankenhaus und ins Garnisonhospital, wo die Leichname zur Agnoscirung niedergelegt sind, ist so groß, daß Militär und Polizei die Ordnung aufrecht erhalten müssen. Ganz Wien ist in großer Bestürzung, sämmtliche Blätter eröffnen eine Subscription. Der Kaiser spendete einen namhaften Beitrag zur augenblicklichen Vertheilung. An die Polizei gelangen fortwährend Meldungen über vermißte Personen. Den offiziellen Berichten zufolge sind in's Krankenhaus 96 Männer, 41 Frauenleichen, 20 verkohlte unkenntliche Leichen gebracht. Mehrere der widrigsten Ereignisse trafen zusammen bei dem Unglücksfalle. Fünf Wasserventil oberhalb der Bühne waren nicht geöffnet, die Oel-Lampen auf den Gängen nicht angezündet, die Rettungspfade unbeleuchtet. Die Bühne war bereits ein Feuermeer, als das Galerie-Publikum Kenntniß des Brandes erhielt.

Berliner Börse. Tendenz fest, aber kein Geschäft. Geld nicht recht flüssig. Das Wiener Brandunglück macht einen deprimirenden Eindruck. Deutsche Bahnen matt. Nur Marienburg-Mlake belebt und 3 Proc. höher. Oesterr. Bahnen still. Elisabeth bevorzugt, 5/8 M. höher. Banken geschäftslos, schwach. Bergwerke knapp behauptet. Fonds still, Russen angeboten.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der König begiebt sich in Begleitung des Kgl. Flügeladjutanten Major von Schimpff erst Montag Vorm. infolge der Einladung Sr. Majestät des deutschen Kaisers über Jüterbog nach Berlin und wird an der am 13. ds. bei Königswusterhausen stattfindenden Hofjagd theilnehmen und Abends nach Dresden zurückkehren.

— Anschließend an unsere gestrige Notiz sind ferner in der sächsischen Armee avancirt: Hauptmann von Wandorf der Artillerie zum Major, die Premierlieutnants der Artillerie Wolf, Stelzner, Gäde zu Hauptleuten, die Secondelieutnants Stengel vom 1. Husarenreg., Götz v. Olenhusen vom 1. Ulanenreg., Graf v. Rex I. vom Gardereiterreg. zu Premierlieutnants.

— Landtag. Die 2. Kammer berieth gestern die Postulate über verschiedene Anlegen bei den Staatseisenbahnen. Abg. Ulrich-Werdau empfahl die Bewilligung der für die Erweiterung der Gasbeleuchtungsanlage und zur Verlängerung der Perrons auf dem Bayrischen Bahnhof in Leipzig, 104,000 M., sowie zur Beschaffung eines neuen Produktenladeplatzes in Gößnitz 55,000 M. und Erwerbung eines neuen Kohlenabladeplatzes in Crimmitschau 110,000 M. und für Betriebseinrichtungen in Döbeln 120,000 M., eingesetzten Postulate. Insbesondere legte er der Regierung eine recht baldige Ausführung der beiden letzten Projekte nahe. Vicepräs. Dr. Pfeiffer lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Einführung der elektrischen Beleuchtung der Bahnhöfe, die oft billiger sei, als Gasbeleuchtung. Abgeordneter Krentzlin ist derselben Ansicht. Elektrische Beleuchtung der Bahnhöfe sei in Stuttgart, Berlin und Hannover mit Erfolg eingeführt. Er wünscht, daß der Minister möglichst noch in dieser Session eine Vorlage wenigstens für eine versuchsweise Einführung auf irgend einer sächsischen Bahnhofe den Ständen vorlege. Abg. v. Polenz verwendet sich für die Abstellung einiger Mißstände auf dem Bahnhofe zu Auerbach, Abg. Dr. Heine in gleicher Weise bezüglich des Bahnhofes Plagwitz-Lindenau. Herr Staatsminister v. Könneritz erklärt, daß betreffs der Beleuchtung bereits vor einigen Jahren schon Versuche über Anwendung des elektrischen Lichtes veranlaßt worden sind, damals aber keine völlig befriedigenden Resultate erzielt werden konnten. Das Licht habe zu viel Schlagschatten geworfen, ein Uebelstand, der namentlich beim Rangiren große Nachtheile zu Tage treten ließ. Inzwischen sind wohl in der Anwendung des elektrischen Lichtes Vervollkommnungen erreicht worden und wird die Regierung in Erwägung ziehen, ob nicht später noch einmal dieser Beleuchtungsart näher getreten werden könne. Die Kammer genehmigte dann (Ref. Rödert) obige Postulate und 230,000 M. für neue Einrichtungen im Signalwesen.

— Bei der vorgestrigen Wahl der Stadtverordneten erlangten folgende Bürger die meisten Stimmen: Anfässige: Finanzrath Schickert 3502, Registrator Geyh 3331, Tischlermeister Rosenmüller 2973, Maurermstr. Jacob 2951, Nadlermstr. Beyer 2866, Sattlermstr. Steyer 2791, Mechanikus Schönecker 2604, Hotelier Lingke 2577, Zimmermstr. Kaiser 2471, Werkzeugfabrikant Wermann 2261, Baumeister Hartwig 2230, Lehrer Schmicht 2102. — Unanfässige: Drechslermeister Christoph 4069, Amtsrichter Dürisch 4020, Finanzsekretär Hornickel 2936, Seminarlehrer Dr. Blochwitz 2968, Buchdrucker Henkler 2859, Oberlandesgerichts-Rath Wengler 2855, Schlossermstr. Damme 2157, Staatsanwalt Lustt 2101, Bankier Fritzsche 1842, Lehrer Altner 1783, Schuldirector Glässche 1750, Dr. med. Hänsche 1720 und Dr. med. Klemm 1718. Man ersieht daraus, daß die Gewählten sich in wesentlich drei Kategorien theilen: Schullehrer, Beamte und Gewerbtreibende, darunter besonders viel Baumeister. Von Rechtsanwälten wurde kein einziger gewählt. Es ist diesmal gelungen der Liste der Bezirksvereine gegenüber eine größere Anzahl Stadtverordneter durchzu-